

PRESSEKONFERENZ ZUM TAG DER ANTWORTEN

ABDA-Präsidentin Gabriele Regina Overwiening
Berlin, 6. September 2023

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT.

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

vor knapp drei Monaten berichtete ich hier in der Bundespressekonferenz gemeinsam mit jungen Apothekerinnen und Apothekern über die angespannte Lage in den Apotheken. Ich wünschte, ich könnte Ihnen inzwischen eine Entspannung der Situation verkünden. Aber das genaue Gegenteil ist der Fall. Im ersten Halbjahr dieses Jahres sank die Apothekenzahl noch schneller als im Vorjahr. Wir verzeichnen noch etwa 17.800 Apotheken vor Ort. Und in den Apotheken ist die Situation weiter ernsthaft angespannt: Der Personalmangel zehrt und die Lieferengpass-Krise schreitet voran: Erst kürzlich hat der pharmazeutische Großhandel davor gewarnt, dass uns erneut eine Erkältungssaison voller Engpässe drohen könne. Kurzum: Die Apothekenteams stehen weiterhin mit dem Rücken zur Wand. Wir fordern die Politik erneut auf, ihrer Verantwortung nachzukommen und die Apotheken endlich zu stärken und damit zu stabilisieren, um die Arzneimittelversorgung in allen Landesteilen zu sichern.

Die Politik stellt sich dem Ernst der Lage leider nicht wirklich. Bei dem im Juni vom Bundestag beschlossenen Lieferengpass-Gesetz, ALBVVG, konnten wir zwar einige für uns relevante bürokratische Erleichterungen erreichen, doch diese Verbesserungen in den Bereichen Präqualifizierung, Retaxationen und Austauschfreiheiten müssen teils noch verhandelt werden, teils wurden sie lückenhaft verabschiedet. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass wir insbesondere durch die Geschlossenheit der Apothekerschaft, die wir an unserem Protesttag als eindrucksvolle Botschaft ausgesendet haben, diese bürokratischen Erleichterungen im ALBVVG verankern konnten.

Eine Botschaft, die wir an diesem Tag tausendfach mitgenommen haben, kam von unseren Patientinnen und Patienten: „Wie können wir Euch, die Apotheken vor Ort, als Eure Patientinnen und Patienten unterstützen? Was können wir für Euch tun?“, wurden wir immer wieder gefragt. Genau daraus entstand die ABDA-Postkartenaktion. Strategisch ist die Rückendeckung unserer Patientinnen und Patienten, die sie eindrucksvoll mit ihren individuellen Aussagen auf den Postkarten zum Ausdruck bringen, enorm wichtig. So erhält mit dieser Aktion unsere wichtigste Forderung, die wirtschaftliche Stärkung und Stabilisierung der Apotheken, tausendfachen Nachdruck – und zwar von denen, die uns jeden Tag vor Ort für ihre Gesundheit brauchen. Hier ist die Politik in der Verantwortung, sie ist jetzt gefordert, die von den Menschen vor Ort benötigte Versorgung über unsere Apotheken zu sichern. Dafür brauchen wir Geld.

Die Kolleginnen und Kollegen, aber auch die Patientinnen und Patienten nahmen die Aktion gut an. Eine Kollegin schrieb mir: „Zu meiner Überraschung wird die Postkarten-Aktion von der Bevölkerung außergewöhnlich gut angenommen! Obwohl der Aktionstisch sonst von den Kunden bei Ausschank-Aktionen oder ähnlichem völlig ignoriert wird, füllen die Kunden eifrig die Karten in unserem Sinn aus bzw. fragen sogar aktiv danach.“ An dieser Stelle möchte ich erneut unseren beiden Partnern danken: Die beiden Kundenzeitschriften Apotheken Umschau und My Life haben dafür gesorgt, dass wir die Aktion einerseits logistisch umsetzen und andererseits über große Medienreichweiten bekanntmachen konnten.

Einen knappen Monat später haben wir ein tolles Ergebnis vor uns: Die Aktion ist zwar noch nicht final ausgezählt, weil noch nicht alle Apotheken ihre Karten zurückgeschickt haben. Zahlreiche Apotheken wollten mehr als 100 Karten haben und stellten ihren Patientinnen und Patienten selbst gemachte Karten zur Verfügung – in vielen Fällen lieferten auch wir Karten nach. Wir gehen davon aus, dass wir nach dem Auszählen der Aktion mindestens eine halbe Million Patientenaussagen vorliegen haben, die uns in den kommenden Wochen bei allen Gesprächen mit der Politik mehr Nachdruck für unsere zukunftsichernden Forderungen geben werden. Insbesondere machen die Menschen mit ihren Aussagen auf den Karten sehr deutlich, was sie von der Politik erwarten, wo Politik ihrer Verantwortung gerecht werden muss, nämlich bei der Stärkung der Apotheken vor Ort als dem Ort der individuellen Gesundheitsversorgung.

Es war unfassbar schwer, aus den Patientenaussagen eine repräsentative Auswahl herauszusuchen – denn sie alle sind authentisch und sie sind alle ausdrucksstark. Sie alle vereint eine tiefe Dankbarkeit für die Leistung der Apothekenteams und der Wunsch, die Apotheke vor Ort unbedingt erhalten zu wollen. Nur beispielhaft möchte ich Ihnen daher hier einige Aussagen vortragen, die unser Verhältnis zu den Patientinnen und Patienten gut widerspiegeln und die gesellschaftliche Relevanz unseres heilberuflichen wie gesundheitspolitischen Auftrags beeindruckend zeigen:

Meine Apotheke liegt mir am Herzen, weil ...

... ich seit über 50 Jahren in die gleiche Apotheke gehe und dort immer sehr freundlich bedient und beraten werde. Bei Bedarf wird auch kostenfrei nach Hause geliefert.

... Gesundheit keine Ware ist, mit der man handelt. Die Apotheke vor Ort leistet zeitnah kompetente Hilfe in Gesundheitsangelegenheiten.

... ich als Ärztin das gute kollegiale Miteinander liebe und nicht missen möchte.

... wir nicht 3 Tage auf Medikamente warten können, wenn wir krank sind.

... hier bin ich Mensch und nicht eine Nummer. Das Persönliche ist mir so wichtig.

... ich bin nierentransplantiert und habe hier die beste Beratung, was für mich geeignet ist oder nicht. Es wird sich immer Zeit genommen.

... Sie 1,5 Jahre lang getestet haben und sich der Gefahr von Covid ausgesetzt haben. Vielen Dank.

... meine Kinder Neurodermitis haben und nur die angefertigten Salben helfen! Oft musste ich den Notdienst in Anspruch nehmen.

... sie immer für mich da ist, wenn es mir nicht gut geht, also Finger weg von meiner Apotheke. Sie retten Leben und sie ist vor Ort. Danke schön an alle Mitarbeiter.

Sobald alle Karten aus den Apotheken zurückgekommen sind, werden wir die Aktion final auszählen, alle Karten anonymisieren und dann digitalisieren. Schon heute können wir Ihnen eine anonymisierte Auswahl der Karten zur Verfügung stellen, die wir in der digitalen Pressemappe auf abda.de veröffentlichen. Wir haben die für uns zuständigen Bundesminister Robert Habeck und Karl Lauterbach um einen Übergabetermin gebeten. Während der Bundeswirtschaftsminister bereits abgelehnt hat, warten wir noch auf eine Antwort des Bundesgesundheitsministers. Ich kann Ihnen aber bereits heute versichern, dass keine einzige Karte verloren geht. Jedes einzelne Statement der Patientinnen und Patienten bildet die Basis für immer mehr Argumente gegenüber der Politik, jetzt endlich zu handeln. Die Politik muss zur Kenntnis nehmen: Die Bevölkerung erwartet von der Regierung, dass Apotheken gestärkt werden. Stellen Sie sich darauf ein: Wir werden die Politikerinnen und Politiker mit den Erwartungen ihrer Wählerinnen und Wähler, die Apotheke vor Ort zu stabilisieren, unmittelbar konfrontieren. Ganz konkret und immer wieder!! Die Postkartenaktion mit ihren Aussagen ist ein Teil der Ausgangsbasis für weitere Kommunikationsstufen, die im Herbst folgen.

Meine Damen und Herren,

wie Sie aus den Patientenaussagen erkennen können, kann und will die Bevölkerung nicht auf uns verzichten. Die Menschen brauchen die Apotheken vor Ort. Gerade jetzt, inmitten einer Lieferengpass-Krise, wie es sie vorher noch nie gegeben hat, sind wir für die Menschen notwendige und verbindliche Ansprechpartner vor Ort, die mit unbedingtem Lösungswillen die Versorgung irgendwie aufrechtzuerhalten versuchen – ohne die Apotheken hätten wir angesichts der zunehmenden Lieferengpässe schon längst chaotische Zustände. Ich möchte nicht in der Haut eines Bundesgesundheitsministers, einer Regierung stecken, wenn die Menschen vor Ort ihr benötigtes Medikament einfach nicht mehr bekommen! Lassen Sie es mich noch deutlicher formulieren: Die Apotheken tragen immens dazu bei, den sozialen Frieden in unserem Land zu sichern.

Doch leider weigert sich die Bundesregierung weiterhin, dieses flächendeckende Netz der niedrighwelligen Vor-Ort-Versorgung zu stabilisieren. Die Apothekenzahl sinkt noch schneller als zuvor. Im EU-Durchschnitt liegt Deutschland bei der Apothekendichte schon seit Jahren auf einem der hintersten Plätze. Schaut man sich diese Entwicklungen an, wäre für verantwortungsvolle Politik die einzige Schlussfolgerung: Das Apothekennetz muss dringend durch eine wirtschaftliche Stärkung der einzelnen Apotheken stabilisiert werden. Das ist die einzig folgerichtige politische Reaktion, sofern Politik die gebotene Verantwortung für die Versorgung der Menschen ernst nimmt. Doch das Gegenteil ist der Fall: Zuletzt hat die Ampel-Koalition das Honorar der Apotheken sogar gekürzt. Zeitgleich haben die Apotheken weiterhin mit explodierenden Kosten in vielen Bereichen zu kämpfen. Wie Sie hier sehen, sind alleine durch Steigerungen bei den Tariflöhnen Mehrausgaben von 180 Millionen Euro im Jahr 2023 zu stemmen.

Mit der Stimme der Patientinnen und Patienten im Rücken fordern wir die Stabilisierung der Apotheken weiterhin mit Nachdruck ein. Der nächste, für uns strategisch bedeutsame Höhepunkt, an dem wir mit der Bundesregierung dazu in den Austausch treten, ist der Deutsche Apothekertag Ende September. Bitte lassen Sie mich vorwegnehmen, dass wir Minister Lauterbach nach unserem Protesttag im Juni sechs Gesprächstermine angeboten haben – er hat sie alle abgelehnt. Seine persönliche Teilnahme am diesjährigen Apothekertag in Düsseldorf hatte uns der Minister im vergangenen Jahr fest versprochen, nun steht er aber erneut nur für eine digitale Zuschaltung bereit. Trotzdem wollen wir genau diese Gelegenheit nutzen, um dem Minister eindringlich zu zeigen, wie groß der politische Handlungsbedarf und wie groß die Geschlossenheit in der Kollegenschaft ist. Deswegen werden wir dem Minister heute sechs Fragen der Apothekerschaft stellen. Am 27. September beim Deutschen Apothekertag erwarten wir die Antworten des Ministers auf diese Fragen. Der 27. September ist für uns daher der „Tag der Antworten“. Damit alle Apothekenteams in Deutschland die Möglichkeit bekommen, dieser für ihre Zukunft so wichtigen Antworten-Rede des Bundesgesundheitsministers zu folgen, werden die Landesapothekerverbände den Apotheken empfehlen, ihre Türen am Nachmittag des 27. September zu schließen. Selbstverständlich werden die Notdienst-Apotheken die Versorgung von Notfällen an diesem Nachmittag sichern.

Nun stelle ich Ihnen die existenziellen Fragen der Apothekerschaft vor, auf die wir am 27. September zukunftsweisende Antworten erwarten:

- 1) Wie Sie auf dieser Folie sehen, sind die Apotheken länger als ein ganzes Jahrzehnt von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt. Während die GKV-Einnahmen, das BIP und die Löhne um ein Vielfaches gestiegen sind, hat sich das Apothekenhonorar kaum verändert. Das Apothekenhonorar macht nach wie vor nur einen winzigen Bruchteil, nämlich 2 Prozent, an den Gesamtausgaben der Kassen aus. Daraus ergibt sich unsere erste Frage an die Bundesregierung:

Warum weigern Sie sich, die Honorierung der Apotheken nach mittlerweile elf Jahren Stillstand an die wirtschaftliche Gesamtentwicklung anzupassen, obwohl sich die Regierungsparteien in ihrem Koalitionsvertrag die Stärkung der Apotheken vor Ort zum Ziel gesetzt haben?

- 2) Alleine der Verbraucherpreisindex ist seit unserer letzten Honorar-Anpassung im Jahr 2013 um rund 38 Prozent gestiegen. Das entspräche einem Plus beim Fixhonorar von 3 Euro pro Packung.

Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass in Zukunft wichtige wirtschaftliche Faktoren, wie etwa die Inflation oder der Verbraucherpreisindex, in der Höhe des Apothekenhonorars regelmäßig berücksichtigt werden?

- 3) Gemeinsam mit den Ärztinnen und Ärzten haben die Apotheken in Sachsen und Thüringen in den letzten Jahren eindrucksvoll gezeigt, dass multimorbide Patienten von einem strukturierten Medikationsmanagement direkt profitieren.

Wie und wann wird die Bundesregierung die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Versicherte Anspruch auf ein interprofessionelles Medikationsmanagement, wie im Modellprojekt ARMIN demonstriert, bekommen?

- 4) Die Apothekenzahl befindet sich im Sinkflug.

Wie will die Bundesregierung die Apotheken vor Ort dabei unterstützen, die flächendeckende Arzneimittelversorgung - auch in ländlichen Regionen - in Zukunft sicherzustellen?

- 5) Die Apotheken arbeiten schon seit Jahren hochdigitalisiert. In den kommenden Jahren sollen aber auch die Patientinnen und Patienten immer mehr digitale Anwendungen, wie beispielsweise das E-Rezept und die E-Patientenakte, bekommen. Leider sind hier auch ausgesprochen unerfreuliche Entwicklungen zu erkennen. Wir fragen uns:

Wie will die Bundesregierung den Schutz des besonderen Vertrauensverhältnisses zwischen den Heilberufen einerseits und den Patientinnen und Patienten andererseits gewährleisten, wenn die Krankenkassen, wie im Entwurf des Gesundheitsdatennutzungsgesetzes vorgesehen, die Daten ihrer Versicherten patientenbezogen auswerten und diesen Hinweise zu Gesundheitsrisiken geben dürfen?

- 6) Wie schon erwähnt, blicken nicht nur die Apothekenteams, sondern auch die pharmazeutischen Großhändler mit Sorge auf eine Erkältungssaison voller Lieferengpässe. Die Bemühungen im ALBVVG reichen nicht aus, um Lieferengpässe nachhaltig zu bekämpfen. Das Kernproblem bleibt, dass die Preise gerade im Generikabereich viel zu niedrig sind, um die Herstellung wieder nach Europa zurückzuholen.

Warum ist die Bundesregierung nicht bereit, die einseitige Wirtschaftlichkeitsorientierung in der Arzneimittelversorgung (etwa im Rabattvertragsbereich) zurückzudrehen, um die Liefersituation endlich zu verbessern?

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe in den vergangenen Monaten zahlreiche Gespräche mit Politikerinnen und Politikern geführt. Es ist beeindruckend, wie stark die Unterstützung für die Apotheken gerade auf landes- und kommunalpolitischer Ebene ist. Erst vor wenigen Monaten hat der Bundesrat die Bundesregierung aufgerufen, die Apotheken wirtschaftlich zu stärken. Nun liegen uns Hunderttausende Patientenaussagen zur Bedeutung der Apotheken vor. Eine verantwortungsvolle Bundespolitik nimmt solche Entwicklungen wahr und handelt dementsprechend. Denn welche Politikerin, welcher Politiker will dafür verantwortlich sein, will die Verantwortung dafür übernehmen müssen, wenn die wohnortnahe ambulante Versorgung im Land zusammenbricht...und damit ihr oder sein politisches Scheitern offenbaren.

Am 27. September 2023 ist der Tag der Antworten. Wir Apotheken liefern jeden Tag und machen oft Unmögliches möglich. Heute in drei Wochen hat nun Minister Lauterbach zu liefern und muss nur Mögliches möglich machen: Ganz einfach Antworten. Das und nicht weniger erwarten wir. Deswegen, Herr Minister Lauterbach: Beantworten Sie unsere Fragen ob und wenn ja, wie Sie die wohnortnahe Arzneimittelversorgung über die Apotheken vor Ort für die Menschen in diesem Land sichern wollen - anstatt sich als ehrgeiziger Geburtshelfer für redundante und überbeuerte neue Strukturen zu inszenieren.